

Land startet Bundesratsinitiative zu Deichbau-Finanzierung

Eineinhalb Jahre nach der Jahrhundertflut an Elbe und Mulde startet Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative zur besseren Finanzierung des Hochwasserschutzes im Binnenland. Ziel sei eine Gleichstellung des Binnen- mit dem Küstenhochwasserschutz und damit eine Erhöhung des Bundesanteils auf 70 Prozent, sagte Umweltministerin Petra Wernicke (CDU) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in Gardelegen. Bisher finanziert der Bund im Binnenland 60 Prozent der Kosten etwa für Deiche, das betroffene Bundesland 40 Prozent.

«Zehn Bundesländer haben bereits eine Unterstützung des Sachsen- Anhalt-Antrags signalisiert», sagte Wernicke. «Einen gleich lautenden Beschluss der Umweltministerkonferenz hat die Bundesregierung bisher ignoriert.» Hochwasserkatastrophen wie die an der Elbe hätten aber gezeigt, dass der Binnenhochwasserschutz in Deutschland dringend verstärkt werden müsse. «Mit einer besseren Finanzausstattung für den Hochwasserschutz kann der Bund den Ländern wirklich helfen.»

In dem Zusammenhang kritisierte Wernicke den vom Bundeskabinett in der vergangenen Woche verabschiedeten Entwurf für ein Hochwasserschutzgesetz. «Da greift der Bund in Länderkompetenzen ein, aber wenn es ums Bezahlen geht, hält sich die Bundesregierung zurück.» Der Bund wolle viele Kosten auf die Länder abwälzen, etwa für nötige Entschädigungszahlungen.

Als konkretes Beispiel nannte Wernicke das geplante Verbot von Ackerbau in ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten ab 2012. Sie forderte, Ackerbau nur in bestimmten Bereichen wie Hochwasserabflussgebieten zu reduzieren. Eine obligatorische Umwandlung von Ackerland in Grünland lehnte sie dagegen ab.

Mitteldeutsche Zeitung, 09. März 2004